

Heilmittel gegen die wachsende Staatsmacht

von Robert Nef; geboren 1942, wohnhaft in St. Gallen und Mitglied der dortigen FDP, ist Publizist und Sozialphilosoph und gehört zu den Gründern des Liberalen Instituts

Wie haben sich echte Freunde der Freiheit angesichts der real existierenden Macht des real existierenden Staates zu verhalten? Kapitulieren, schrittweise Verbesserungen postulieren, einen «geordneten Rückzug aus Fehlstrukturen» fordern, «Warten auf den Zusammenbruch», oder diesen durch aktiven Widerstand beschleunigen? Gibt es gegenüber der Staatsgewalt graduelle «dritte Wege» zwischen totaler Anpassung und totalem Widerstand? Es gibt in der Tat eine philosophische und auch eine politische «Bandbreite» innerhalb der sich liberale Ordnungsstaatsbefürworter, libertäre Staats skeptiker und zivilrechtsgesellschaftliche Staatsopponenten bei allen Unterschieden durchaus verbünden können, ohne ihre eigenen Idealvorstellungen zu verraten.

Man kann als Freiheitsfreund wenigstens **gegen jeden weiteren Staatsausbau und jede weitere Zentralisierung kämpfen. Politische Macht lässt sich nicht problemlos abschaffen, sie lässt sich aber in kleine territoriale und institutionelle Stücke schneiden**, die sich gegenseitig konkurrenzieren, kontrollieren, entgiften und – wenigstens teilweise – Exit-Optionen, alternative wählbare Vernetzungen und Lernprozesse durch Vergleich, ermöglichen. Und, was ganz wichtig ist: Man kann – auch als klassisch Liberaler – nicht genug **vor der Gefahr der grossen zentralen, korporatistischen Verbrüderung von Big Government, Big Business und Big Data im globalen «crony capitalism» warnen**. Natürlich wird diese «Verbrüderung» teilweise recht brutal von der real existierenden Staatsmacht erzwungen, aber diese Macht ist nur darum so erfolgreich, weil auf der anderen Seite, die opportunistische Bereitschaft zur Kooperation mit dem Staat zunehmend vorhanden ist. Vor allem von der «organisierten Wirtschaft» wird sie als «Weg der Vernunft» und als alternativlose «Anpassung an Sachzwänge» in einer real existierenden etatistischen Second-best Welt angepriesen.

Die politische **Flucht in den grösseren Verband**, bei der mehr Selbstbestimmung verloren geht als Freiheit gewonnen wird, ist leider auch für viele Liberale eine beliebte Option, weil man damit einerseits temporär wirtschaftliche Vorteile herausholt, und andererseits einen Teil der politischen Verantwortung «nach oben» abschieben kann. Die Zentrale wird's schon richten. Da machen heute leider relativ bedenkenlos auch Ordo-Liberale und Klassisch-Liberale und andere Bindestrich-Liberale fröhlich mit und das liberale Einstehen für Eigenständigkeit wird als «nationalkonservatives Anliegen» diffamiert.

Was gibt es für Mittel gegen die Zentralisierung und die wachsende Staatsmacht, die auf einem breit abgestützten und oft blinden Glauben an den Staat und zentralisierte Institutionen beruht? Es gibt kein Patentrezept. Zu propagieren ist ein beharrliches **Nein zu weiteren Zusammenschlüssen, ein schrittweiser Ausstieg aus grenzenloser Umverteilung und Verschuldung, eine Entziehungskur, die umso realistischer ist, je kleiner die politischen Körperschaften sind, die das Experiment wagen**.

Staatsmacht ist – insoweit sie auf blindem Glauben beruht – stets angemassete Macht. Ein wirksames Mittel gegen angemassete Macht ist auch der Humor. **Was einmal als lächerlich entlarvt ist, hat – mindestens zunächst einmal – keine Macht mehr**. «Man kann stets alle für eine begrenzte Zeit und einige für alle Zeit aber nicht alle für alle Zeit zum Narren halten», meinte Abraham Lincoln einst treffend. Dafür sorgen alle spontanen Individuen, welche die allgemeine Heuchelei nicht mitmachen. Nach jeder Blossstellung angemessener Macht tauchen wieder neue Scharlatane auf mit neuen, noch nicht entlarvten Versprechungen und Verheissungen. Das ist die Schattenseite der Machtpolitik. Gibt es eine andere? Der Schlüsselbegriff für den freiheitlichen Umgang mit der Staatsmacht ist die «kreative Dissidenz» die sich mit Phantasie, Unternehmerteil und Humor beharrlich für Formen des zivilisierten Zusammenlebens auf der Basis freier Vereinbarungen einsetzt.